

Gut und Böse – zur Moral in der Politik

MORITZ LEUENBERGER

WAS IST MORAL?

Unter Moral wird in Kultur und Wissenschaft, in Sport und Politik Verschiedenes verstanden. Moral wird einmal mit Kampfgeist konnotiert, einmal als eine Waffe eingesetzt und das andere Mal als eine Lehre verstanden, die wir aus einer Geschichte oder einem Märchen ziehen sollen. Es gibt viele Umschreibungen von Moral. Die meinige erhebt keinen absoluten Anspruch, schon gar nicht den einer Definition, sondern sei für das bessere Verständnis den folgenden Gedanken vorangestellt:

Unter Moral verstehe ich Regeln einer Gemeinschaft und ihrer Mitglieder für richtiges Verhalten. Diese sozialen Regeln können, müssen aber nicht, zusätzlich im Gesetz verankert sein. Die wichtigsten Grundsätze, etwa »du sollst nicht töten«, sind auch in religiösen oder weltlichen Gesetzen festgehalten. Ihre Missachtung wird durch Richter – zivile oder religiöse – geahndet. Andere Grundsätze, die für das Überleben einer Gemeinschaft zwar wünschbar, aber nicht unabdingbar sind, wie Anstand oder Höflichkeit, werden nicht gesetzlich normiert. Sie stehen vielleicht im Knigge oder in einem Ehrenkodex. Insofern ist Moral ein Überbegriff für soziale Normen, welche für das zwischenmenschliche Verhalten gelten.

WAS IST ETHIK?

Ethik und Moral werden oft synonym verwendet. Etymologisch besitzen »mos« und »ethos« denselben Bedeutungsgehalt, nämlich Gewohnheit, Sitte, Brauch. Ich erlaube mir aber folgende Unterscheidung: Die konkreten Einzelentscheide, die wir im Sinne moralischer Regeln fällen, treffen wir nach ethischen Abwägungen darüber, was richtig und falsch, was angemessen und unangemessen, was gut und was schlecht ist. Ethisches Verhalten betrifft immer einzelne Entscheide. Wie man sich zu ihnen durchringt, kann nach einer bestimmten Systematik, nach einer Vorgehensweise, also auch nach Regeln erfolgen. Es soll aber ethisches Verhalten nicht der Moral, nicht den sozialen Regeln selber gleichgestellt werden.

Nachhaltigkeit ist demnach ein moralisches Gebot, nämlich die Erde unserer Nachwelt zu erhalten. Wie wir das tun sollen, bringt uns immer wieder in ethische Konflikte: Ist Erdgas in Kauf zu nehmen, um aus der Atomenergie auszusteigen? Sind Biotreibstoffe ethisch vertretbar?

Es ist ein moralisches Gebot, Menschenleben zu schützen und es ist ein moralisches Gebot, nicht zu foltern. Der Entscheid, ob einem Entführer mit Folter gedroht werden darf, wenn ein Kindesleben so gerettet werden könnte, ist ein ethischer Entscheid.

Es gibt also moralische Regeln, die mehr oder weniger klar sind, aber es gibt nie allgemeingültige und daher nie einfache ethische Lösungen, auf die wir zurückgreifen können. Allerdings können wir auf Vorgehensmethoden zurückgreifen, wie wir unser Gewissen befragen und schärfen können.

WERTNEUTRALITÄT DER MORAL

Meist wird das Adjektiv »moralisch« mit »gut« und »Moral« mit »einer guten Ordnung« gleichgesetzt, also positiv bewertet. Ein Buch von André Comte-Sponville lautet »Kann Kapitalismus moralisch sein?«

Dahinter stehen eine kritische Haltung gegenüber dem Kapitalismus und eine positive Bewertung von »moralisch«. Als Titel für heute wurde zunächst vorgeschlagen »Wie viel Moral erträgt die Politik?« Dahinter steckt auch eine Wertung und sie tönt wie die Frage nach einer Salatsauce: Wie viel moraline Säure und wie viel politisches Schmieröl braucht es?

Gewiss wird Moral immer als etwas Sinnvolles geschaffen, von den Schöpfern also positiv bewertet. Dennoch empfinden wir Moral nicht immer positiv. Wir alle kennen moralische Regeln, historische und aktuelle, mit denen wir keineswegs einverstanden sind. Moralisten ärgern uns; sie predigen Normen, die wir als überholt betrachten und auch gegen neue Moralapostel, die uns das Rauchen vergällen wollen, lehnen wir uns auf, je nach gesellschaftspolitischer oder religiöser Überzeugung. Deshalb plädiere ich dafür, dass »die Moral« als Begriff wertfrei ist.

MORAL DIENT DEM ÜBERLEBEN EINER GEMEINSCHAFT

Moralische Regeln sind nicht mit der Absicht erstellt worden, gute Menschen so zu konditionieren, dass sie vor dem jüngsten Gericht bestehen können, selbst wenn die guten Sitten mitunter religiös untermauert werden. Moralische Regeln dienen dem Funktionieren einer Gemeinschaft und sind in deren langfristigem Interesse angelegt. Das betrifft etwa hygienische Vorschriften oder nachhaltiges Verhalten. Wer hustet und die Hand dabei nicht vor den Mund hält, gefährdet die Gesundheit seines Gegenübers und damit auch seine Arbeitsfähigkeit. Deswegen wird strafend angesehen, wer dies nicht tut.

Mein Einzelinteresse besteht nicht bloß darin, dass ich selber heute oder morgen genügend zu Essen kriege. Ich will ja auch, dass meine Kinder übermorgen noch eine dauernde und sichere Ernährungsgrundlage haben werden. Daher ist es in meinem Interesse, Äcker, Wälder und Gewässer nur soweit zu nutzen, dass sie meinen eigenen Nach-

kommen auch als Lebensgrundlage dienen können. Und es besteht darüber hinaus mein eigenes Interesse auch darin, dass andere Menschen ebenfalls genug zu essen haben, damit es nicht zu Migration und Konflikten um Nahrung kommt, damit ich selber nicht von Wirren und Revolution bedroht werde.

Je längerfristiger wir unser eigenes Interesse umschreiben, je vernünftiger wir es fassen, desto mehr brauchen wir Regeln, die auch für andere gültig, also allgemeingültig sind: Wir sind auf eine gemeinsame Moral und auf staatliche Normen angewiesen, weil sie zur Sicherung unserer eigenen Anliegen notwendig sind. Es kann deshalb niemand Gerechtigkeit für sich verlangen und gleichzeitig Ungerechtigkeiten gegenüber anderen hinnehmen.

MORAL UND GESETZ

Es gibt Visionen, wonach eine Gesellschaft nur mit der Liebe der einzelnen Menschen funktioniert, ohne moralische Regeln. Und es gibt Visionen, wonach idealerweise alle moralischen Regeln des Zusammenlebens, ohne staatliche Sanktionen, freiwillig befolgt werden. Wenn sie von allen akzeptiert werden, müssen sie niemandem in Erinnerung gerufen werden, sie gelten ganz selbstverständlich und unspektakulär. Es braucht dazu keine Moralisten, über die man sich ärgert oder freut.

Das sind und bleiben Utopien, die wir zwar anstreben wollen, mit denen wir uns aber nicht begnügen können. Schon gar nicht dürfen das eine Politikerin oder ein Politiker, die für die Organisation einer Gesellschaft verantwortlich sind.

Immerhin können wir Folgendes beobachten: Je kleiner eine Gemeinschaft ist, desto weniger braucht sie Regeln und Gesetze. Dies lässt sich an folgenden Beispielen illustrieren:

In der Zweierbeziehung braucht es nicht einmal moralische Regeln, weil das gegenseitige Vertrauen und die Liebe ausreichen (das ist das Ideal von Jeremias Gotthelf, wie auch eine Gemeinschaft funktionieren

müsste). In der Familie hingegen braucht es schon gewisse Regeln, zum Beispiel wer wann abwaschen und wann duschen darf. Mit der Zunahme der Größe einer Gemeinschaft erhöht sich deren Regelungsbedarf, wie etwa in der Dorfgemeinschaft, in der die Moral eine große Rolle spielt und die soziale Kontrolle sehr eng ist, was Vor- und Nachteile hat, bis zur Stadt, wohin aus den Dörfern Andersdenkende flüchten, Leute, die neue Lebensformen leben wollen oder auch sozial Benachteiligte, die im Dorf entsprechend beobachtet oder ausgegrenzt werden.

Die Globalisierung bringt es mit sich, dass nicht nur moralische Normen, sondern auch staatliche Vorschriften kaum noch durchzusetzen sind. Die Schweiz kann keine CO₂-Abgabe im Luftverkehr einführen, solange das die EU nicht tut, die EU kann es nicht, solange es die ganze Welt nicht tut. Die Globalisierung lässt auch Anliegen wie Steuergerechtigkeit oder anständige Managerlöhne kaum durchsetzen. Für die Moral wird die Luft nach oben dünn und dünner. Dennoch braucht jede Gemeinschaft, unabhängig von ihrer Größe, alle drei der folgenden Elemente:

- Wir sind auf die Hilfsbereitschaft, auf den freiwilligen Einsatz der Menschen im Sinne des barmherzigen Samariters, angewiesen. Ohne diesen Einsatz kann keine Gemeinschaft überleben. *Das ist die Liebe.*
- Darüber hinaus braucht eine Gemeinschaft auch Regeln darüber, was an Einsatz und Rücksichtnahme, an Verantwortung und Verpflichtung von jedem einzelnen Mitglied erwartet wird. *Das sind moralische Normen.*
- Doch auch diese Regeln werden nie von allen eingehalten, weswegen der Staat Gesetze aufstellt und Sanktionen erlässt, damit sich alle daran halten. Im Notfall wird Zwang und Gewalt angewendet. *Das sind gesetzliche Normen.*

Diese Reihenfolge beinhaltet eine Wertung der drei Elemente. Verordnungen und Vorschriften sind uns verhasst, am liebsten hätten wir nur

die Liebe. Es gibt aber auch die umgekehrte Wertung: Machiavelli geht im Werk »Der Fürst« davon aus, dass das Zusammenleben der Menschen wesentlich durch die Angst vor Sanktionen organisiert wird, denn nicht Vertrauen oder gar Liebe, sondern nur die Furcht vor dem Gesetz halte die Menschen zusammen. Viele Staaten sind nach dieser Idee organisiert worden, doch die Vorstellung einer Demokratie ist das nicht.

Ganz abgesehen davon, dass uns dies nicht als Modell eines idealen Staates vorschwebt, müssen wir auch einsehen, dass selbst mit uneingeschränkten polizeilichen Mitteln, selbst mit einem totalen Polizeistaat, ein echtes Vertrauen zwischen den Menschen nicht erzwungen und nicht garantiert werden könnte. Der Ansatz muss daher genau umgekehrt sein: Zuerst die Freiwilligkeit, die mit Anreizen gefördert wird, dann Verbindlichkeit durch ein Gesetz gepaart mit Sanktionen als Ultima Ratio. Daher ist bei uns in der Schweiz die Freiwilligkeit ein politisches Konzept, das Vertrauen in die Bürger oder in eine Branche ist ein gesetzgeberisches Prinzip. Moral ist Bestandteil unseres Verständnisses von Demokratie. Es braucht alle diese Elemente, damit ein Staat funktionieren kann. Sie ergänzen sich.

ILLUSTRATION AM BEISPIEL DES VERTRAUENS

Ohne Vertrauen in andere Menschen können wir uns nicht entfalten und deshalb nicht in Freiheit leben. Und es gilt umgekehrt: Ohne Misstrauen können wir nicht überleben, wir würden unweigerlich zum Opfer auf der Wildbahn von Ausbeutern. Deswegen misstraut der wachsame Mensch seinem Gegenüber. Wir sprechen von »gesundem« Misstrauen. Um selber zu überleben und um miteinander zu leben, brauchen wir beides, Vertrauen und Misstrauen. Ohne Vertrauen keine Freiheit. Ohne Misstrauen keine Sicherheit.

Eine demokratische Gemeinschaft kann nur funktionieren, wenn sie auf dem Grundvertrauen zwischen den Menschen aufbaut und dieses fördert und sichert. Aber sie darf dabei nicht von einem idealisti-

schen Menschenbild ausgehen, sondern muss berücksichtigen, dass es Menschen gibt, die Vertrauen missbrauchen. Entsprechend ist unsere ganze Gesetzgebung aufgebaut.

Die Schweizerischen Gesetze versuchen, Treu und Glauben als Grundlage zwischen den Menschen umfassend zu etablieren. Sie hüten sich aber, einzig und allein auf das Gute in den Menschen zu vertrauen. Beinahe durchwegs wird das folgende Prinzip angewendet: Wir gehen davon aus, dass im Allgemeinen ein gegenseitiges Grundvertrauen in allen Menschen verwurzelt ist – aufgrund ihrer Erziehung, ihrer Kultur und Religion. Dies kommt gesetzgeberisch in der sogenannten Freiwilligkeit zum Ausdruck. Das Gesetz sieht, um dieses Grundvertrauen zu stärken und zu verfestigen, Anreize und Sanktionen vor (Ungültigkeit von Verträgen, Schadenersatz etc.). Und es sieht Zwangsmaßnahmen bis hin zu strafrechtlichen Sanktionen vor, wenn der Vertrauensmissbrauch den Umfang des Betrugs aufweist. Dieses Prinzip findet sich im Zivilrecht, im Bankenwesen und auch im Umweltrecht. Im Zivilrecht wird die eheliche Untreue verboten. In Handel, Wirtschaft und Vertragswesen wird der gute Glaube geschützt mit Schadenersatzforderungen oder Ungültigkeit der Verträge als Folge. Im Straßenverkehr zum Beispiel muss, wenn Anzeichen dafür da sind, dass sich ein anderer Teilnehmer vorschriftswidrig verhält, darauf Rücksicht genommen werden. Wenn ein Fußgänger bei Rot über die Straße gehen will, darf der Automobilist nicht auf seinem Vortritt beharren, hupen und lospreschen, sondern er muss bremsen. Der Fußgänger muss darauf vertrauen können, dass sein Fehler nicht dazu führt, dass er einfach überfahren werden darf.

Es gilt also die Freiwilligkeit als Konzept, das Vertrauen in die Bürger oder in eine Branche als Prinzip. Das Umwelt- oder das Energiegesetz folgen diesem Aufbau. Die Schweiz kennt beim freiwilligen Papier- und Kartonsammeln bessere Resultate als Länder, die dies vorschreiben. Die Selbstregulierung wird jetzt auch proklamiert, um die Geldwäscherei zu bekämpfen. Die Regeln zur Bekämpfung von Schwarzgeld werden vorerst an die Branche delegiert. Ebenso ist der Bundesrat vorerst einmal der Meinung, die global tätigen Rohstoff-

händler mit Sitz in der Schweiz sollten zunächst freiwillig dafür sorgen, dass bei der Produktion die Menschenrechte in aller Welt eingehalten würden. Immer beginnt eine Diskussion um die politische Korrektheit zunächst moralisch. Es folgen Anreize, zum Beispiel in Form von Aufklärungskampagnen, welche die Schärfung des moralischen Bewusstseins fördern. Später verdichtet sich die Überzeugung allenfalls zu einem Gesetz. Ein Übergang von der moralischen zur gesetzlich verbindlichen Norm ist zum Beispiel im Moment in England im Medienrecht zu beobachten: Der Presserat, der bisher eine freiwillige Institution der Branche war, erhält nun einen staatlichen Rahmen. Die Eigenverantwortung wurde ungenügend wahrgenommen, es kam zu den Abhörskandalen der Boulevardjournalisten und jetzt wird die Schraube in Richtung Verbindlichkeit angezogen.

MORAL UND GESETZ BEEINFLUSSEN SICH GEGENSEITIG

Es gibt die Vorstellung, wonach Moral und Gesetz kongruent sein müssten. Sie übersieht den ständigen Wandel und die gegenseitige Beeinflussung:

- Neue Moralvorstellungen über die Fristenlösung oder die Homosexualität beeinflussten mit der Zeit die Gesetze.
- Die konsequente Verfolgung und Bestrafung von Fahrern in angetrunkenem Zustand brachte die moralische Verharmlosung dieses früheren Kavaliersdeliktes zum Verschwinden.
- Der Bundesrat beantragt erste zaghafte Vorschläge gegen die Vergeudung von Esswaren, um den Abfallberg zu verkleinern. Reflexartig warnen die Wirtschaftsverbände vor neuen Vorschriften: Wir können einen Prozess beobachten, wonach ein moralisches Bewusstsein aufgebaut wird, das langfristig zu einem Gesetz führen wird.

- Durch die Annahme der Abzocker-Initiative verdichtete sich eine moralische Haltung zu einem Verfassungstext, der jetzt konkret umgesetzt werden muss.

EXKURS: MORALISCHER ANSPRUCH GEGENÜBER »ÖFFENTLICHEN« PERSONEN

Beobachten wir die gesellschaftliche Vorbildfunktion am Beispiel der protestantischen Pfarrer. Der klassische Dorfpfarrer predigte christliche Moral und man erwartete von ihm, dass er selber diese Grundsätze einhalte. Die Erwartung ging auch an die Pfarrersfrau. Besonders schwierig war dieser Anspruch für Pfarrerskinder. »Müllers Vieh und sie, geraten selten oder nie«, sagt der Volksmund. Der Wandel der Erwartungen an einen Pfarrer, einen moralisch einwandfreien Lebenswandel zu führen, ist offensichtlich: Mit der Zeit weichte sich diese Autorität auf und die Scheidung einer Pfarrersehe ist heute kein Skandal mehr. Die Pfarrkinder haben die ganz normalen Probleme jedes Kindes in der heutigen Gesellschaft zu bewältigen. Umgekehrt haben sie aber auch keinen Anspruch darauf, allein wegen ihres Elternhauses immer recht und die Moral verinnerlicht zu haben.

Der moralische Anspruch an politische Repräsentanten wird – nicht ganz uneigennützig – hochgehalten: Politiker und Beamte stehen unter besonderer Beobachtung, wobei die moralische Empörung meist eher Teil des politischen Kampfes ist. Denn jemanden als unglaublich hinstellen, ist Teil des politischen Arsenal. Deswegen muss in Bezug auf die Integrität von Politikern unbedingt eine Differenzierung erfolgen: Wenn ein Politiker Moral predigt, soll sein Verhalten auch an diesen Ansprüchen gemessen werden. Tut er dies nicht, soll er sich so verhalten dürfen, wie seine Mitbürger. Wenn also ein Nationalrat dazu aufruft, nicht mehr ins Ausland in die Ferien zu gehen, um Energie zu sparen und kein Auto zu fahren, muss er, weil dies eine moralische Aufforderung ist, sein eigenes Verhalten an seinem Appel messen las-

sen. Sagt er aber, es brauche Vorschriften für die Energieeffizienz, an die sich dann alle halten müssen, darf er auch ein Auto fahren.

In einer Demokratie sollten Beamte oder Regierungsmitglieder so behandelt, also entlassen oder eben nicht entlassen werden, wie alle anderen Bürger. Wieso verlangt man von ihnen ideale Familienverhältnisse? So hatte ein geschiedener Bundesrats-Kandidat vor 20 Jahren bei der FDP keine Chance, nominiert zu werden. Ein US-General trat wegen eines außerehelichen Verhältnisses trotz seiner beruflichen Verdienste zurück und eine deutsche Bundesministerin trat zurück, weil sie Teile der Dissertation vor Jahrzehnten ohne Zitangabe abschrieb. Es ist offensichtlich: In Repräsentanten werden immer auch Idealvorstellungen projiziert. Sie sollen besser sein als wir. Hierin spiegelt sich das von Immanuel Kant aufgeworfene Problem des moralischen Politikers, der in seiner Person und seinem Verhalten die Spannung zwischen Moral und Politik aufheben soll. Trotz Demokratie ist da immer noch die Erwartung in ein Staats-»Oberhaupt«, das über dem »Volkskörper« thront und auch moralische Idealvorstellungen zu repräsentieren hat. Wo bleiben da die Errungenschaften der Aufklärung, die im Strafrecht selbstverständlich sind, wie Verjährung, Verhältnismäßigkeit und faire Verfahren? Da werden Verletzungen von moralischen Regeln unter medialem Druck ungleich härter verfolgt als strafrechtliche Tatbestände. Fahrlässige Tötung, Diebstahl und Betrug werden meist mit bedingten Strafen und schon gar nicht mit einem Berufsverbot geahndet und auch der Pranger ist längst abgeschafft. Einer gesetzlich geregelten, aufgeklärten Strafjustiz steht heute eine moralisch mediale Lynchjustiz gegenüber. Ihr standzuhalten, braucht es zuweilen einige Widerstandskraft.

MORALISIERENDE EMPÖRUNG

Empörung bedeutet oft moralisieren und nicht Moral. Sie wird auch im Interesse von Auflagen und Einschaltquoten gepflegt und gar manches Opfer drängt sich scheinheilig ins Scheinwerferlicht. Wohl auch des-

wegen hat solche öffentliche Moralisierung in den letzten Jahren zugenommen. Eine Folge davon ist, dass sich auf Gemeindeebene oder für Kantonsregierungen, in der Romandie zum Beispiel, Kandidaten zögernder zur Verfügung stellen als früher. Wer sich empört, schwingt sich empor auf den Richterstuhl und verurteilt andere. Moralisieren und moralisch ist nicht dasselbe. Wer moralisiert, beurteilt die Moral der anderen. Das ist noch längst keine gute Tat. Versuchen wir also, zu Moral und Politik zurückzukehren.

PRIMAT DER MORAL ODER PRIMAT DER POLITIK?

Der jeweilige Stellenwert von Moral einerseits und Gesetz andererseits schwankt, wie alle politischen Moden schwanken. Ich habe in meinem politischen Leben einen solchen Wandel beobachtet. 1968 galt alles als politisch und alles musste politisch gelöst werden. Moral war verpönt. Von allen moralischen Zwängen wollte man sich befreien. »Es ist verboten, zu verbieten«, »freie Sicht aufs Mittelmeer«, so hießen die Sprühereien. Die Generation von heute geht gesellschaftliche Probleme anders an. Ich möchte dies am Beispiel der Jugendarbeitslosigkeit illustrieren. Früher lautete die Forderung: »Der Staat soll Stellen schaffen, subito«. Heute lauten die Antworten auf entsprechende Fragen: »Ich muss noch besser werden, ich muss noch kompetitiver werden. Ich muss mein Verhalten ändern, damit ich nicht arbeitslos werde.« Seit meinem Rücktritt werde ich auffallend häufig von jungen Leuten aufgesucht, die sich beraten lassen möchten, wie sie ein »Ein-Mann-« oder ein »Eine-Frau-Hilfswerk« in einem Entwicklungsland betreiben sollen. Sie wollen sich nicht von einem großen Hilfswerk wie Caritas oder HEKS vereinnahmen lassen, sondern ganz direkt Gutes tun. Sie wollen sich schon gar nicht in die »systemische« Politik mit all ihren Kompromissen einbinden, sondern selber moralisch gut und unmittelbar handeln. Obwohl ich meist kaum helfen kann, weil ich entgegen den Erwartungen das Know-how dazu nicht habe, hege ich heute großen Respekt vor dieser Einstellung.

Ich hielt jedoch früher das Engagement von Beat Richner oder den Einsatz von Ordensschwestern in Entwicklungsgebieten geradezu für verwerflich, weil sie nämlich politischen Lösungen der Staaten und der Staatengemeinschaften zuwiderliefen, weil sie eigene, zum Teil sehr persönliche Ziele verfolgten und darüber hinaus Sand in die Augen des politischen Bewusstseins streuten und den Blick von anderen Katastrophen der Welt weglenkten. Heute bin ich der Meinung, dass wir alle auch auf den freiwilligen Einsatz solch »guter Samariter« angewiesen sind – wegen ihrer unmittelbaren Hilfe, aber auch wegen der guten Tat, die sie weitergeben und die andere ansteckt. An das Primat der Politik glaube ich allerdings immer noch. Auf keinen Fall wäre es möglich, die Welt nur gerade mit freiwilligen Maßnahmen zu retten. Die Armut verschwindet nicht dank Suppenküchen, das Klima wird nicht dadurch gerettet, dass wir die Handtücher im Hotel nicht jeden Tag frisch waschen lassen oder dass wir »an die Umwelt denken, bevor wir eine Mail ausdrucken«.

Als Umwelt-, Verkehrs- und Energieminister wurden mir während der Amtszeit von Journalisten zunehmend Fragen gestellt wie: »Was ist Ihr ganz persönlicher Beitrag für eine saubere Umwelt?« oder »Welches Fahrzeug benutzen Sie?« Das scheinen mir Fragen zur individuellen Moral zu sein und sie blenden die Notwendigkeit politischer und gesetzlicher Maßnahmen aus. Nur gestützt auf das moralische Verhalten der einzelnen wird eine Gesellschaft nicht nachhaltig. Wir sehen: Moral und Politik sind aufeinander angewiesen.

WAS IST GUT? WAS IST SCHLECHT?

An einer inhaltlichen Diskussion um Moral haben wir ein großes politisches Interesse. Sie ist so politisch, wie die Diskussion um Politik moralisch ist. Was gut und was böse ist, was als verwerflich und was als edel gilt, ändert sich. Der Unterschied zwischen Gut und Böse ist der Diskurs über Moral.

Es muss ein Diskurs bleiben und darf nicht zum fanatischen Glauben werden. Der bedingungslose Glaube an das Gute und der Anspruch, auf der guten Seite zu sein, führen entweder zu einer Mauer zwischen Gut und Böse – oder zum Krieg. Es war das bedingungslose »Entweder-Oder« zwischen Sozialismus und Kapitalismus, welches zum Eisernen Vorhang und zur Berliner Mauer führte. Zäune und Mauern werden noch heute errichtet. Es war die Glaubensfrage zwischen Christen und Moslems und innerhalb der Christen zwischen orthodoxen Serben und katholischen Kroaten, die zum Balkan-Krieg führte. Es ist dieser heilige Glaube, welcher stets zu ausgeweglosen Feindschaften, zu Krieg und Gewalt führt. Der Glaube, jemand, eine Religion, eine Weltanschauung, eine Politik sei ausschließlich böse und die andere sei ausschließlich gut.

Es gibt Leute, in deren Köpfen brennt ein heiliger Scheiterhaufen, der ständig auf Hexen und Opfer wartet, um sie zu verbrennen. Sie wollen kein Gespräch, sondern nur deklarieren. Wenn der Gesprächspartner ihnen nicht beipflichtet oder ihrem Glauben nicht beitrifft, ist er böse und unwert. Solch fromm verblendeter Fanatismus betrachtet Menschen als Werkzeuge, als Instrumente, als Transportmittel für Selbstmordanschläge. Dort, wo der Mensch als bloßes Mittel zum Zweck eingesetzt wird, haben alle Totalitarismen ihre Wurzeln und zwar in allen Kulturen. Das ist der gemeinsame Nenner von Fundamentalismus, Rassismus und Nationalismus.

VOM BÖSEN IST AUCH IM GUTEN UND VOM GUTEN IST AUCH IM BÖSEN

Deswegen setzen wir uns mit moralischen Normen auseinander, die wir ablehnen. Und das ist gut so, denn diese Auseinandersetzung kann dazu führen, dass wir unsere Einstellung ändern. Es ist nicht immer schlecht, moralische oder auch gesetzliche Grenzen zu überschreiten. Wir haben zuweilen einen Traum, den wir gerne verwirklichen möchten. Wir wollen Grenzen sprengen, damals die Grenzen zwischen

Volk und Aristokratie, später die Grenzen der Apartheid, des Eisernen Vorhanges. Das waren zunächst Visionen, denn das jeweils herrschende System erlaubte nicht, diese Grenzen in Frage zu stellen. Grenzen zu überschreiten, ist in diesem Sinne auch die Chance der Veränderung, der Hoffnung, des Aufbruchs.

Wissen wir, was das Gute ist, was das Böse ist? Gibt es eine scharfe Trennung? Lassen wir Vorsicht walten, damit wir nicht zu Fundamentalisten werden, auch nicht in den kleinen politischen Fragen. Vom Bösen ist immer auch im Guten und vom Guten ist immer auch im Bösen. In uns Menschen gibt es das Gute nicht absolut und auch das Böse existiert nicht in Reinkultur. Wir sollten uns also hüten, »das Gute« in der reinsten Form erreichen zu wollen, wir müssen uns mit dem Besseren begnügen.

KANN DER STAAT MORALISCHES VERHALTEN HERSTELLEN?

Die entscheidende Frage bleibt: Wie werden moralische Grundlagen der Gesellschaft und des Staates hergestellt und gefördert? Kann der Staat hier etwas beitragen? Wie gelangen die Menschen zu einem Verhalten, welches gegenseitiges Vertrauen von innen heraus lebt? Wie keimt diese »Freiwilligkeit«, die der Staat als sein eigenes Rückgrat will?

Das eigentliche Grundwasser des menschlichen Vertrauens, das Grund- und Gottvertrauen, kann der Staat allein wohl kaum schaffen. Er ist angewiesen auf Religion und Kultur, die nicht nur von der rationalen Notwendigkeit des Vertrauens für das Funktionieren einer Gesellschaft ausgehen, sondern auf einer Metaebene – oder in den Urwogen, in den Tiefen der Seelen – das menschliche Verhalten prägen, nämlich die Frage von Gut und Böse.

Wie verhalte ich mich gegenüber meinen Mitmenschen? Das schlagen wir nicht im Zivil- oder Obligationenrecht nach, bevor wir handeln. Das verinnerlichen wir, längst bevor wir lesen lernen. Die

Quelle findet sich bei den Menschen selbst, und gespeist wird sie unter anderem aus dem ewigen Grundwasser der Kulturen, Traditionen und der Religionen. Sie haben das Gewissen von Generationen geweckt und geschärft. Jede Gesellschaft gestaltet die Regeln des Zusammenlebens immer wieder neu. Sie greift dabei zurück auf Traditionen und Religionen. Und deswegen muss ein aufgeklärter Staat die Religions- und Kulturfreiheit gewähren, damit er selber überhaupt funktionieren kann. Der Staat – und mit ihm übrigens auch die Wirtschaft – sind auf Religion und Kultur angewiesen, damit sie überhaupt funktionieren können. Sie müssen daher diejenigen Institutionen fördern und unterstützen, die sich dieser Aufgabe annehmen. Und diese Aufgabe besteht nicht nur aus einer passiven Duldung von Freiräumen, sondern auch aus aktiver Unterstützung.

Das kann bezüglich der Kultur konkret etwa bedeuten, dass Sponsoring steuerlich begünstigt wird oder, dass die nationalen Fernsehanstalten entsprechende Aufträge erhalten. TV und Radio haben nicht nur einen Informationsauftrag, sondern auch einen Kulturauftrag zu erfüllen. Dazu gehört auch die Unterhaltung. Die frühere Funktion von Märchen, von über Generationen hinweg weiter erzählten Geschichten und Traditionen, übernehmen heute die Massenmedien. Unterhaltung ist eine kulturelle Aufgabe und nicht nur ein samstagabendliches Geblödel. Diese Verantwortung muss der Staat in seinen Konzessionen umschreiben und festhalten. Bezüglich der Religionen kann das für den Staat etwa heißen, dass Kirchen oder religiöse Gemeinden anerkannt werden, dass ihre Infrastrukturen allenfalls staatlich erleichtert oder unterstützt werden.

MORAL IN ZEITEN DER GLOBALISIERUNG

Ohne Moral gibt es keine Gemeinschaft und keinen Staat. Die Moral ist ihr sozialer Kitt. Deswegen bemüht sich jedes Gemeinwesen darum, dass Moral diskutiert und dass Moral gelebt wird. Die politische Moral war im »Kalten Krieg« wesentlich durch den moralischen Wettkampf

mit dem Kommunismus geprägt. Seit dem Fall des Eisernen Vorhanges und dem Siegeszug der Globalisierung, welche die neu gewonnenen Freiheiten vorwiegend für wirtschaftliche Entfaltung nutzt, hat die Moral der freien Marktwirtschaft Oberhand gewonnen. Diese einseitig wirtschaftliche Orientierung führt dazu, dass die Regeln des freien Marktes grenzüberschreitend, also global, gelten, ohne dass ihnen als Pendant eine Verantwortung in sozialer oder umweltpolitischer Hinsicht gegenüber steht. Denn die Politik, die dieses Korrektiv vornehmen müsste, hat sich eben noch nicht entsprechend globalisiert. Dieses Pendant, die soziale Moral, die Moral der Nachhaltigkeit, wird durch NGOs, durch Kirchen und durch politische Bewegungen gepredigt und teilweise auch wahrgenommen. Sie kümmern sich um die Armen, um die Opfer und um die Umwelt. Die globalen Manager galoppieren über die Hürden von Landesgrenzen um die ganze Welt und sammeln Boni und Trophäen. Politik und wohltätige Organisationen sollen sich um die Gestrauchelten kümmern.

Die Globalisierung zeigt den Grundsatz einleuchtend, dass moralische Normen nur in Verbindung mit Sanktionen allgemeinverbindlich werden. Zu den ethischen Überzeugungen, wie eine globale Finanz- oder Umweltpolitik aussehen müsste, gehört eben auch die verbindliche Durchsetzung in jedem einzelnen Staat, auf jeder einzelnen Insel. Der Gedanke der Nachhaltigkeit, wonach unsere Erde auch künftigen Generationen erhalten bleiben soll, erfordert daher sowohl den Diskurs um die Moral als auch deren verbindliche Durchsetzung.